



DER PRÄSIDIALSEKRETÄR  
IL SEGRETARIO QUESTORE  
L SECRETËR CUESTOR

Bozen, 14.10.2011

bearbeitet von:  
Dr.<sup>in</sup> Helen Seehauser  
Tel. 0471 946 275  
helen.seehauser@landtag-bz.org

Herrn  
Präsidenten  
des Südtiroler Landtages  
Mauro Minniti

Im Hause

## ANFRAGE MIT SCHRIFTLICHER BEANTWORTUNG

### Bau von sozialen Mietwohnungen

Der Wohnungsmarkt in Südtirol durchläuft, auch aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage, eine schwierige Phase. In den letzten Jahren ist die Kaufkraft zahlreicher Einkommen weiter geschrumpft, was vor allem Einzelpersonen und Familien mit geringerem Einkommen getroffen hat. Mit der Folge, dass diese Personen/Familien aus finanziellen Gründen außerstande sind, sich eine eigene Wohnung/ein eigenes Haus anzuschaffen, weder auf dem freien Markt noch auf jenem des geförderten Wohnbaus. Ebenso schwierig, weil nicht erschwinglich, ist für diese Mitbürgerinnen und Mitbürger das Erreichen einer Mietwohnung auf dem freien Markt, weil die Mietpreise, gemessen an den Durchschnittseinkommen der interessierten Personen/Familien zu hoch sind. Auch besteht auf dem freien Markt noch immer die Tendenz, fertige Wohnungen nicht zu vermieten, aus Angst und Sorge, dass nicht zahlfähige Mieter auf Jahre in solchen Wohnungen verbleiben und damit erheblichen finanziellen Schaden für die Wohnungsinhaber verursachen.

Für viele Menschen bleibt deshalb nur die Möglichkeit einer Mietwohnung des Landeswohnbauinstituts übrig. Denn in diesem Bereich besteht die gesetzliche Mietenregelung – der gerechte Mietzins – mit welchem auf die Einkommenssituation der Mieter Rücksicht genommen und die Miete gestaffelt angewendet wird. Für zahlreiche Familien, vor allem für junge Familien und für junge Menschen, die eine Familie gründen und Kinder haben möchten, bleibt die Mietwohnung des Landeswohnbauinstituts deshalb die einzige Lösung.

Vor kurzem ist öffentlich bekannt geworden, dass das Landeswohnbauinstitut einen hohen Betrag an Mitteln, der ihm von der Landesregierung zum Bau von Mietwohnungen zugewiesen worden ist, nicht nutzt und diese Mittel – man spricht von 230 bis 290 Millionen Euro – in Erhaltung gehen, weil sie nicht entsprechend den Bestimmungen des Haushalts ausgegeben werden konnten bzw. überhaupt nicht ausgegeben wurden.

**Dies vorausgestellt, und um die wahren Sachverhalte und Verantwortlichkeiten festzustellen, richtet der Unterfertigte an die Südtiroler Landesregierung bzw. an den zuständigen Landesrat nachstehende Fragen, auf welche er eine dringende Antwort bekommen möchte:**

39100 Bozen | Crispistraße 6  
39100 Bolzano | Via Crispi, 6  
39100 Bulsan | Streda Crispi 6

Tel. 0471 946 275 | Fax 0471 946 328  
www.landtag-bz.org  
www.consiglio-bz.org

1. Entspricht es den Tatsachen, dass über 290 Millionen Euro an Mitteln, welche für den Bau von sozialen Mietwohnungen bestimmt sind, nicht ausgegeben werden konnten und daher in Erhaltung gehen?
2. Welche Schritte hat das Wohnbauinstitut unternommen, um diesen Zustand zu vermeiden und wo liegt die eigentliche Verantwortung dafür?
3. Entspricht es den Tatsachen, dass diese Mittel nicht eingesetzt werden können, weil in den Gemeinden nicht die erforderlichen Baugründe vorhanden sind?
4. Entspricht es den Tatsachen, dass manche Gemeinden sich weigern, die erforderlichen sozialen Baugründe auszuweisen? Wenn ja, mit welcher Begründung werden die entsprechenden Entscheidungen von den Gemeinden nicht getroffen?
5. Was gedenkt die Südtiroler Landesregierung zu tun, um hier eine schnelle und effektive Abhilfe zu erreichen?
6. Was geschieht mit den Geldmitteln, welche auf diese Weise dem sozialen Wohnbau verloren gegangen sind? Verbleiben diese Mittel dem Wohnbaubereich oder werden sie zur Finanzierung anderer Bereiche hergenommen?

L.Abg. Georg Pardeller